

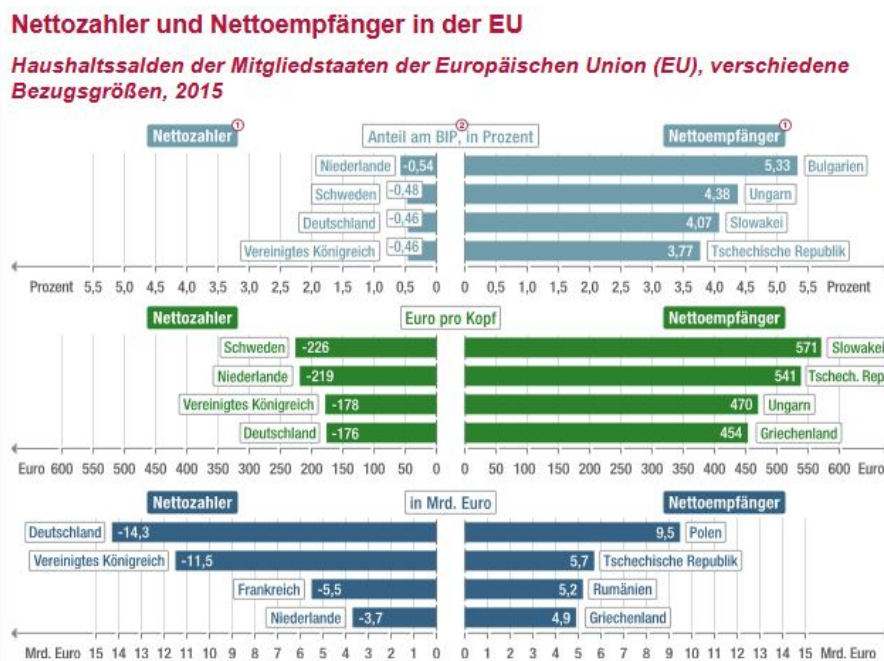
Überlebt die EU den Streit ums Geld?

Möglichst vor der Europa-Wahl sollte die EU einen neuen Haushaltsplan für die 7 Jahre 2021 bis 2027 beschlossen haben - **einstimmig!**

Harte Auseinandersetzungen sind absehbar.

Auf der Seite der Nettozahler werden jährlich etwa 6 Mrd € fehlen, also der Nettobeitrag des Vereinigten Königreichs; andere Nettozahler zeigen mit Ausnahme Deutschlands keine Bereitschaft zu höheren Beiträgen.

Die Netto-Empfänger müssten demnach bei sonst gleichbleibender Ausgabenstruktur mit weniger Transfer rechnen. Schon das wird böses Blut geben: bisher erhielten z.B. 2015 in Mrd. €¹



Quelle: European Commission (Europäische Kommission): EU budget 2015 – Financial report; Eurostat: Online-Datenbank
 Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de/

Die Frage, ob sich mit der EU-Mitgliedschaft für einen Staat mehr Vor- oder Nachteile verbinden, lässt sich nicht mit einer buchhalterischen Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben bezogen auf den EU-Haushalt beantworten. Trotzdem wird dieses Thema gerade bei den "Nettozahlern" wiederkehrend diskutiert. Umso wichtiger ist es, nicht nur die absolute Höhe der geleisteten Zahlungen der Staaten zu betrachten (bei denen Deutschland an erster Stelle steht), sondern diese auch in Bezug zur jeweiligen Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl zu setzen – im Jahr 2015 waren bei diesen Betrachtungsweisen die Niederlande und Schweden die größten Nettozahler.

29.12.2016

- Polen fast 10 Mrd. €
- Tschechien, Rumänien, Ungarn und Griechenland etwa 5 Mrd. €

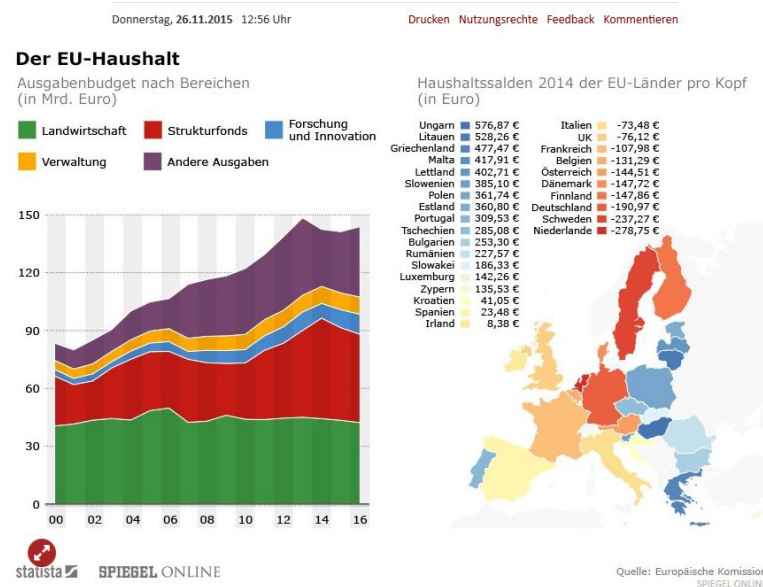
¹ Alle Zahlen relativ grob und jährlich schwankend; insbesondere ist die britische die Netto-Position 2015 aus mir unbekanntem Gründen viel höher gewesen als sonst.

In Tschechien, Ungarn, Slowakei und Griechenland machte das jeweils etwa 500€ pro Kopf und Jahr aus. In Bulgarien macht der Zufluss mehr als 5% des BIP aus, der Netto-Transfer aus Deutschland, Schweden, den Niederlanden und dem VK beträgt nur etwa 0,5% des nationalen BIP.

Ginge es also nur um die Minderung um die britischen 6 Mrd €, könnten die Netto-Empfänger den "Verlust" hinnehmen. Es geht aber um mehr, weil die EU insbesondere im Bereich der gemeinsamen Sicherheit zusätzliche Lasten übernehmen soll; darüber soll weitgehender Konsens auch mit den Osteuropäern bestehen.

Eine neue Studie des ZEW hat gezeigt, dass eine stärkere Konzentration auf Aufgaben europäischer Dimension eine Renationalisierung im Agrarbereich nahe legt - bisher ein Kerninteresse Frankreichs und wohl auch ein Bereich, in dem Polen oder Rumänien besondere Nutznießer sind.

Wenn man die Freizügigkeit im Schengen-Raum retten will, muss es wieder zu einer gemeinsamen Asylpolitik kommen sowie zu einem gemeinsamen Sicherungssystem an den EU-Außengrenzen. Dabei fordert Deutschland eine teilweise



Am Mittwoch hat das EU-Parlament dem Haushalt für das Jahr 2016 zugestimmt. Bei den geplanten Ausgaben umfasst er ein Volumen von rund 144 Milliarden Euro - etwas mehr als im Vorjahr, aber etwas weniger als 2013, dem bisher umfangreichsten Haushaltsjahr.

Vergemeinschaftung der Flüchtlingskosten, was nur in wenigen Mitgliedstaaten nicht auf harten Widerstand stößt.

Ganz schwierig wird es für westliche Netto-Zahler, weiterhin Staaten zu unterstützen, die zentrale Elemente der demokratischen Rechtsstaatlichkeit verletzen wie Polen, Ungarn und möglicherweise auch Rumänien.

Weit mehr Konflikte und Interessen schlummern in den Details, die für die Regierungen oft große innenpolitische Bedeutung haben.

Eine notwendigerweise einstimmige Einigung wäre also ein höchst wünschenswertes Wunder und würde die EU in schwierigen Zeiten stabilisieren. Viel hängt dabei am Haushalts-Kommissar Öttinger, der ein Meisterstück liefern muss.

Ob er das kann?